

# GÖTTINGEN



**Open-Flair-Festival**  
Jan „Monchi“ Gorkow  
spielt mit Feine Sahne  
Fischfilet in Eschwege

Seite 11

## Vorwurf an CDU: „Populistische Stimmungsmache“

Reaktionen auf  
Juzl-Förderung

**Göttingen.** Die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses, das Jugendzentrum Innenstadt (Juzl) mit 100 000 Euro zu fördern, hat ein Nachspiel. Nach der Kritik des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Ludwig Theuvsen, die Stadt finanziere die linksextremistische Szene konterte jetzt die Grünen.

Am Wochenende hatte sich die Junge Union (JU) schockiert gezeigt angesichts der Beschlussfassung im Ausschuss am Donnerstag. Statt die Förderung um 27 000 Euro aufzustocken, müsse sie vollständig gestrichen und eine sinnvollere Verwendung für das Geld gefunden werden, forderte JU-Stadtverbandsvorsitzender Simeon Atkinson. Theuvsen legte auf Facebook nach und rückte die Besucher des Juzl in die Nähe der gewalttätigen G-20-Demonstranten in Hamburg.

Darauf reagierte der Grünen-Stadtverband mit deutlichen Worten: „Die CDU opfert die Unschuldsvormutung einer rechtspopulistischen Stimmungsmache, wenn sie dem Juzl pauschal vorwirft, an den Gewalttaten während des G20-Gipfels in Hamburg beteiligt gewesen zu sein“, sagte Valentin Büchi am Montag. Vorstandsmitglied Marie Kollenrott fügte hinzu, dass die JU sich nur dann für soziale Belange interessiere, wenn es ihrem selbsterklärten Kampf gegen Links diene. „Das ist armselig.“

Susanne Stobbe, Mitglied im Jugendhilfeausschuss, ergänzte: „Das Juzl ist in Göttingen nicht nur eine feste Größe, sondern auch mit Abstand die bestfrequentierte Jugendeinrichtung der Stadt. Daher ist es nur richtig und konsequent, das Juzl entsprechend zu fördern.“ ms



Basteln in der Kindertagesstätte von St. Michael.

FOTO: RICHTER

## Kinderbetreuung: Stadt droht Millionendefizit

Kindergarten-Bitragsfreiheit: Landespauschalen decken reale Kosten nicht ab, befürchten Kommunen

Von Matthias Heinzl

**Göttingen.** Noch in diesem Jahr sollen Eltern keine Kindergartenbeiträge mehr zahlen müssen, hat die Landesregierung beschlossen. Die Stadt Göttingen und andere Kommunen in der Region befürchten, zumindest auf einem Teil der Einnahmeausfälle sitzen zu bleiben.

Die neue Landesregierung aus SPD und CDU hat sich in ihren Koalitionsvereinbarungen darauf festgelegt, von Eltern keine Kindergartenbeiträge für die Betreuung von Drei- bis Sechsjährigen mehr zu verlangen. Bisher ist nur das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei. Dafür erhalten Kommunen seit 2007 vom Land 120 Euro für eine vierstündige Betreuung und 160 Euro ab acht Stunden Betreuung. Wenn dieses Modell auf die anderen Kindergartenjahre übertragen wird, müsste das Land dafür etwa 250 Millionen Euro pro Jahr aufbringen. Das Problem dabei: Bislang seien diese Summen kaum auskömmlich gewesen, die Kommunen hätten drauflegen müssen, klagen viele Bürgermeister wie

auch der Niedersächsische Städte- tag. Die Große Koalition müsse sich stärker an den Betriebskosten der Kitas beteiligen. Da die Kosten für das dritte, beitragsfreie Kita-Jahr vielerorts jetzt schon höher seien als die Pauschale des Landes, gerieten viele Kommunen in Schwierigkeiten.

Auch nach den Berechnungen der Stadt Göttingen „werden die vom Land geplanten pauschalen Erstattungen nicht ausreichen, die durch Beitragsfreiheit entfallenden Elternbeiträge aufzufangen“, erklärt Verwaltungssprecher Detlef Johannson. „Wir rechnen nach gegenwärtigem Stand mit einem Minus zu unseren Lasten von knapp 1,6 Millionen Euro.“ Die genauen Zahlen: Nach aktuellen Hochrechnungen auf Basis des derzeitigen Defizits für das dritte, beitragsfreie Kindergartenjahr durch entfallende Elternbeiträge für Kitas freier Träger und städtischer Kitas würde sich bei Beitragsfreiheit für alle Kindergartenjahre für die Stadt Göttingen ein Defizit in Höhe von 254 900 Euro pro Jahr ergeben. Johannson: „Dieses Defizit berücksichtigt bereits die

vom Land angekündigten pauschalen Erstattungen. Nach Abzug von Einsparungen bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe – der Übernahme der Elternbeiträge für die Betreuung in Kindergärten durch die Stadt Göttingen von etwa 955 800 Euro – ergibt sich ein Defizit in Höhe von etwa 1 593 200 Euro pro Jahr. Mit den wesentlichen Aussagen und Vorschlägen der Landesregierung könne sich die Stadt Göttingen daher nicht einverstanden erklären, sagt Johannson: „Das Land bleibt bei seinem System, Pauschalen zu zahlen für Halb- beziehungsweise Dreiviertel-tagsplätze einerseits und Ganztagsplätze andererseits.“ Die tatsächlichen Kosten von Kindertagesstätten blieben dabei unberücksichtigt.

Rosdorfs Bürgermeister Sören Steinberg (SPD) begrüßt zwar das Vorhaben der neuen Landesregierung, den Besuch von Kindertagesstätten im ersten und im zweiten Jahr beitragsfrei zu gestalten, lehnt es aber ab, die Kosten des Projekts seiner Gemeinde aufzubürden: „Jetzt schon legen wir für die Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr jährlich 100 000 Euro

drauf.“ Wenn die ersten zwei Jahre ebenfalls beitragsfrei würden, entgingen der Gemeinde weitere 200 000 Euro pro Jahr. Diese Lasten müsse das Land tragen nach dem Grundsatz „wer bestellt, muss auch zahlen“.

Ähnlicher Meinung ist Manfred Kuhlmann (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Gleichen. Die Übernahme des pauschalierten Elternanteils durch das Land Niedersachsen werde zu einer weiteren finanziellen Belastung der Gemeinde führen, weil bisher schon die pauschalierten Beträge für das dritte Kindergartenjahr nicht ausreichten, befürchtet Kuhlmann.

Duderstadts Bürgermeister Wolfgang Nolte (CDU) erklärt, der städtische Kostenaufwand sei allein für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr um etwa 100 000 Euro jährlich gestiegen. Eine ausreichende Gegenfinanzierung habe bisher nicht gegeben. Der städtische Anteil an den Betriebskosten der Kindertagesstätten der Stadt Duderstadt belief sich im Jahr 2016 auf etwa 2,48 Millionen Euro, 2006 waren es noch 1,5 Millionen Euro.

### Platz für 5132 Kinder

In Göttingen gibt es 89 Kindertagesstätten/Einrichtungen freier Träger mit 4182 Plätzen und 13 städtische Kindertagesstätten mit 950 Plätzen. Neben der Betreuung in Kindertagesstätten werden 210 Kinder in der Kindertagespflege betreut. Die Haushaltsbelastung für die Kinderbetreuung beträgt 2018 etwa 32,8 Millionen Euro, teilt die Stadtverwaltung mit. Die derzeitigen Elternbeiträge decken bei den städtischen Kitas etwa zwölf Prozent der Kosten. hein

### STADTGESPRÄCH



**Fusion:** Die VR-Bank Werra-Meißner mit Sitz in Eschwege und die Volksbank Mitte mit Sitz in Duderstadt wollen zum 1. Januar 2019 fusionieren. Die Vertreterversammlungen sollen im August zustimmen. Sitz wäre dann in Duderstadt.

## Infos über weiterführende Schulen

**Göttingen.** Stadt und Landkreis Göttingen wollen gemeinsam die Eltern von Schülern der dritten und vierten Klassen von Grundschulen aus Göttingen, Adelebsen, Boven, Friedland, Gleichen, Rosdorf, Radolfs- hausen und Dransfeld in einer zentralen Informationsveranstaltung informieren. Die Veranstaltung ist für Donnerstag, 22. Februar, geplant. Beginn soll nach Angaben der Göttinger Stadtverwaltung um 19.30 Uhr in der Stadthalle am Albaniplatz sein. „Es geht um einen Überblick über die weiterführenden Schulen im gemeinsamen Schulbezirk in Stadt und Landkreis Göttingen sowie der Bonifatiuschule II“, heißt es in einer Mitteilung.

Als Anmeldetermine sind in diesem Jahr für die Gesamtschulen und die Gymnasien der 2. und der 3. Mai vorgesehen. Die Schulen wollen sich nach Auskunft der Stadtverwaltung an Informationsständen präsentieren. Die weiterführenden Schulen organisieren darüber hinaus an mehr als 20 Terminen vor allem im März und im April Informationsveranstaltungen und Tage der offenen Tür. ne

### IN KÜRZE

#### Unbekannte stehlen Werkzeuge und Bekleidung

**Göttingen.** Bei einem Einbruch in den Keller eines Mehrfamilienhauses im Narzissenweg haben die Täter Werkzeuge und Bekleidung erbeutet. Laut Polizei beträgt der Wert der gestohlenen Gegenstände nach Schätzungen 1000 Euro. Die Tatzeit konnte auf den Zeitraum zwischen Mittwochabend, 10. Januar, und Donnerstagmorgen, 11. Januar, eingegrenzt werden. Die Polizei Göttingen bittet darum, sachdienliche Hinweise oder Beobachtungen unter Telefon 0551/4912115 mitzuteilen. ms

## Kostenloses Internet für alle

SPD, Piraten und „Partei“ wollen Beteiligung am EU-Programm „Wifi4EU“ – die Stadt nicht

Von Matthias Heinzl

**Göttingen.** Die Ratsgruppe aus Piraten und „Die Partei“ wie auch die SPD wollen, dass die Stadt Göttingen das EU-Förderprogramm „Wifi4EU“ zur Förderung eines freien WLAN-Netzes in öffentlichen Bereichen der Stadt anzapft. Doch die Stadtverwaltung ist dagegen.

Am Montag haben Piraten und „Partei“ ihren Antrag in den Personalausschuss eingebracht. Der Antrag klingt inhaltlich bis aufs Haar und in den Formulierungen sehr ähnlich einem Antrag, den die SPD bereits im Juni im Finanzausschuss der Stadt vorgelegt hatte. Weil eine Antwort der Verwaltung bislang ausblieb, wolle die Ratsgruppe aus Piraten und „Die

Partei“ den Prozess mit einer inhaltlich deckungsgleichen Antragskopie beschleunigen, erklärte die „Partei“-Funktionärin Helena Arndt im Personalausschuss am Montagmorgen: „Doppelt hält besser.“

Das Ziel beider Anträge: die Stadt Göttingen an dem bis zu 120 Millionen Euro schweren Förderprogramm „Wifi4EU“ teilhaben zu lassen. An der EU-Initiative zur Einrichtung eines öffentlichen WLAN-Netzes können sich im öffentlichen Auftrag tätige Einrichtungen beteiligen – beispielsweise Gemeindeverwaltungen, Bibliotheken und Gesundheitszentren. Dabei übernimmt das EU-Programm die Kosten für Ausrüstung und Installation der Internet-Zugangspunkte, die jeweilige

Einrichtung zahlt die Netzanbindung – also das Internet-Abonnement – und die Instandhaltung der Anlagen.

Als Orte für ein solches öffentliches WLAN, so der Antrag von Piraten und „Partei“, kämen beispielsweise der Cheltenhampark, die Schillerwiesen, der Kieseer oder auch der Marktplatz vor dem alten Rathaus infrage. Auch die Präsentation der Ergebnisse des Stadtmarketing-Prozesses habe gezeigt, „dass der Zugang zu freiem WLAN eine große Rolle spielt und in Göttingen bisher vermisst wird, sowohl von den Göttingern selber als auch von Touristen und Besuchern der Geschäfte in der Innenstadt“. Doch die Stadtverwaltung steht der Forderung nach Beteili-

gung an dem „Wifi4EU“-Programm skeptisch gegenüber. Zwar habe die Stadt den SPD-Antrag noch nicht beantwortet, erklärte Stadtrat Siegfried Lieske, „aber wir haben uns intensiv damit befasst“. Pro Stadt stelle das Programm nur maximal 15 000 Euro zur Verfügung, tatsächlich seien die Gesamtkosten mit bis zu 90 000 Euro für eine Laufzeit von drei Jahren viel höher. Lieske: „Für uns lohnt es sich nicht, sich zu bewerben.“

Außerdem stehe die Stadt seit längerem mit der Göttinger „Freifunk“-Initiative in Kontakt, um herauszufinden, an welchen öffentlichen Gebäuden die Technik für öffentliche Internet-Zugangspunkte installiert werden könnte, erklärte Lieske. Schulen

und Kindergärten wolle die Stadt nicht damit ausrüsten.

Auch die Forderung von „Partei“ und Piraten nach einem registrierungslosen Zugang zum öffentlichen WLAN-Netz traf auf Skepsis. Die Ausschussvorsitzende Ellen Fischer-Kallmann (SPD) gab zu bedenken, bei einem unkontrollierten Zugang könnten die Nutzer ins Netz „alles reinrotzen“, was ihnen einfielen – einschließlich Hass- und Gewaltpostings. Und Lieske erinnerte daran, dass das EU-Förderprogramm eine Registrierung über die Mobilfunknummer des jeweiligen Nutzers vorsehe. Abschließend versprach der Stadtrat, in der nächsten Ausschusssitzung eine Antwort der Verwaltung vorzulegen.